



TOP 18

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

„Schutz der Meere vor Vermüllung und anderen Verschmutzungen“

Liebe Kollegin Dr. Wilms,

Sie haben hier einen Ziel- und Forderungskatalog vorgelegt, der ihr großes Herz und Anliegen für den Meeresnaturschutz darlegt. Sie können sicher sein, auch uns Liberalen ist der Schutz der Meere ein wichtiges Anliegen.

Meere bilden die größten zusammenhängenden Ökosysteme unserer Erde und sind für uns eine wesentliche Lebensgrundlage. Sie haben eine enorme Bedeutung für eine intakte Umwelt und besitzen gleichzeitig ein beträchtliches Potenzial für wirtschaftliches Wachstum. Deshalb sollten wir diese besondere, einzigartige Ressource schützen.

70% des Sauerstoffs, den wir einatmen wird von der Meeresflora produziert. Sieben Zehntel der Erdoberflächen sind von

Weltmeeren bedeckt. Gut ein Drittel der Weltmeere ist 4000 bis 5000 Meter tief.

Eine langfristige erfolgreiche Meerespolitik basiert auf abgesichertem Wissen über die Ressource Meer und einer intakten Meeresumwelt.

Wir sind uns alle einig, dass das Meer vor Verschmutzungen und Müll geschützt werden muss - gerade am heutigen Tag der europäischen Meere!

Ihre Adressaten sind direkt die Bundesregierung und mittelbar die EU und international die IMO. Mit insgesamt 38 Forderungsspiegelstrichen haben sie einen thematisch breiten Ansatz.

Sie müssten eigentlich wissen, dass einige ihrer Forderungen an Schutz und Genehmigungsstandards im Sinne des Meeresumweltschutzes bereits auf einem guten Weg sind und in einigen europäischen oder internationalen Abkommen vertraglich umgesetzt wurden.

Der Schutz der Meere ist neben der Sicherheit der Seefahrt eines der Hauptanliegen der International Maritime Organization (IMO). Ein international einheitlicher Meeresumweltschutz auf der Ebene der IMO hat dabei immer den Vorteil global abgestimmte Maßnahmen und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Schifffahrt. Die

Überwachung und Durchführung der vereinbarten Maßnahmen ist auf europäischer Ebene schwierig.

Das MARPOL-Übereinkommen ist ein internationales, weltweit geltendes Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt. Hier finden sich allgemeine aber auch spezielle Regelungen bei den verschiedenen Arten von Verschmutzungen im Zusammenhang mit dem Schiffsbetrieb. Gemäß dieser Regelung ist z.B. das Einleiten von Schiffsabwasser grundsätzlich verboten. Auch die Verschmutzung der Luft durch Seeschiffe sollte vermieden werden. Das Einleiten von Schiffsmüll ist auch strengstens verboten. Bei Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften über das Einbringen von Schiffsmüll stellen gemäß § 6 Abs. 1 MARPOL-ZuwV Ordnungswidrigkeiten dar, die mit Geldbußen bis zu 50.000,00 € geahndet werden können.

Liebe Kollegen, die von Ihnen geforderten Regelungen existieren schon.

Ehrlich gesagt machen mir allerdings ihre vielen Forderungen im Bereich der weltweiten Schiffsverkehre Sorge. Ein Herz für die Seeschifffahrt haben sie anscheinend nicht, wobei ca. 90% aller interkontinentalen Warenbewegungen mit dem Schiff erfolgen, Tendenz steigend. Zudem gehört das Verkehrsmittel Schiff, legt man den CO₂ Ausstoß pro Tonne im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern zugrunde, zu den umweltverträglichsten. Ihre höchst anspruchsvollen Verschärfungen an technische Auslegung der Schiffe, Zertifizierung, Art der Kraftstoffe, Restriktionsgebote und Strafsysteme und vieles mehr

und das möglichst auch alles zugleich, ist gleichbedeutend, dass man am besten die Seeschifffahrt ganz abschaffen sollte. Das kann nicht wirklich ihr Ernst sein.

Nur ein integrativer Politikansatz kann die diversen Nutzungs- und Schutzinstrumente zusammenführen. Alle Maßnahmen in der Küstenzone müssen daher auf der Basis ganzheitlicher und nachhaltiger Ansätze geplant, entschieden und kontrolliert werden. Eine solche Gesamtbetrachtung erfordert die Entwicklung eines adäquaten Instrumentariums im Rahmen eines Küstenzonenmanagements. Eine stärkere Verknüpfung der verschiedenen maritimen Sektoren und Akteure dient auch einer Verfahrens- und Planungsbeschleunigung.

Wir werden auf europäischer Ebene darauf hinwirken, dass ein globales System von Meeresschutzgebieten geschaffen wird. In Nord- und Ostsee werden wir in enger Abstimmung mit den betroffenen Bundesländern die Einrichtung von Meeresschutzgebieten prüfen.

Ihr Antrag ist eine Diskussionsgrundlage für eine kontroverse aber vielleicht auch an der einen oder anderen Stelle fruchtbare Diskussion im Fachausschuss. Ich freue mich darauf.